

POLITIK INTERN

Bürgermeister zieht Klage zurück

Er ging gegen Bürgerliste Neumarkt strafrechtlich vor – auf Gemeindegeldern.

Mit einer zivilrechtlichen Klage auf Unterlassung gegen die Bürgerliste ZNN ist die Marktgemeinde Neumarkt jüngst beim OGH abgeblitzt (wir berichteten).

Damit ist der Plan von Bürgermeister **Josef Maier** (ÖVP) zunichtegemacht, die Bürgerliste beziehungsweise deren Mandatäre **Nina Feichter** und **Josef Reibling** strafrechtlich zu belangen. Nächste Woche sollte am Landesgericht Leoben eine Verhandlung stattfinden, doch nun zog er die Privatanklage zurück.

Mit dieser wollte Maier eine Verurteilung der beiden Gemeindepolitiker erreichen. Und zwar auf Basis des Paragraphs 111 des Strafgesetzbuches: „Üble Nachrede“. Die ZNN hatte in Aussendungen und auf Facebook behauptet, Maier habe „Gemeindevermögen vernichtet“, er lüge in Gemeinderatssitzungen und „vertreibe Investoren, weshalb man versucht sein könnte, das Wort Amtsmissbrauch in den Mund zu nehmen“. Nach dem Urteil des OGH sei es eine „logische Schlussfolgerung“ gewesen, die Privatanklage zurückzuziehen, so der Bürgermeister am Freitag.

Im Falle einer Verurteilung hätten Feichter und Reibling Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr oder Geldstrafen von bis zu 720 Tagessätzen

gedroht. ZNN-Chefin **Nina Feichter** sagt gegenüber der Kleinen Zeitung: „Für Aussagen, die nun gerichtlich festgestellt erlaubt sind, wollte uns der Bürgermeister ins Gefängnis oder in schwere finanzielle Bedrängnis bringen. Für ihn selbst war das alles mit null Risiko verbunden, weil alles die Gemeinde



ZNN-Chefin
Nina Feichter

JOSEF FRÖHLICH

und damit die Bürger von Neumarkt bezahlen“, sagt Feichter. Neben den Kosten für den langwierigen Zivilprozess zahlt die Gemeinde auch alles, was im Zusammenhang mit der nun zurückgezogenen Privatanklage anfällt.

Bürgermeister Maier beruft sich bezüglich der Kostenübernahme auf einen Beschluss aller Parteien bis auf die ZNN im Gemeinderat. Die Verfahrenskosten sind laut Maier noch nicht bekannt. FPÖ-Gemeindevor-



Bürgermeister
Josef Maier

FOTO KK

standsmittglied **Klaus Stadtschreiber** hatte zuletzt von 50.000 bis 70.000 Euro gesprochen.

Maier schickt demnächst eine Aussendung an alle Haushalte, in der er im Wesentlichen wiedergibt, was er bereits im Gemeinderat gesagt hatte (wir berichteten). Er weist einmal mehr auf das erstinstanzliche Urteil hin, in dem man recht bekommen habe. Der Ausgang des Verfahrens zeige, dass „sanktionslos gelogen werden darf“, so der Bürgermeister.

Josef Fröhlich